



Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 15. April 2024*

ETAF veröffentlicht Manifest zu den Europawahlen 2024

Am Dienstag, den 9. April, veröffentlichte die European Tax Adviser Federation (ETAF) ein Manifest, in dem die wichtigsten Prioritäten ihrer Mitglieder im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen dargelegt werden. Das Dokument enthält 25 Empfehlungen an die Europäische Kommission und das Europäische Parlament für die nächsten fünf Jahre, um sicherzustellen, dass das EU-Steuersystem einfacher, rationeller und zukunftssicher ist. Der ETAF fordert die Europäische Kommission insbesondere auf, die Entwicklung nationaler berufsrechtlicher Rahmenbedingungen zu fördern und jeden EU-Mitgliedstaat zu ermutigen, die Steuerberatertätigkeit zu regulieren, ein hohes Maß an Zugangsqualifikation und kontinuierlicher obligatorischer beruflicher Weiterbildung zu gewährleisten sowie Berufsverbände mit obligatorischer Mitgliedschaft und Sanktionsbefugnissen einzurichten. Weitere Empfehlungen sind: - eine bessere Wahrung des Berufsgeheimnisses in der EU-Gesetzgebung, indem die Einhaltung der nationalen Vorschriften sichergestellt wird; - die Gewährleistung einer konsequenten und dauerhaften Rationalisierung der EU-Berichtspflichten durch alle EU-Institutionen; - die Beibehaltung des Grundsatzes "was offline illegal ist, sollte auch online illegal sein" und des Bestimmungslandprinzips, um die gleichen professionellen, ethischen und Qualitätsstandards wie bei traditionellen Steuerberatern zu wahren; - die Schaffung eines ganzheitlichen Ansatzes für die Steuererziehung und die Einleitung von Überlegungen auf EU-Ebene, wie mehr Steuerehrlichkeit erreicht werden kann; - und ein integrativerer, umfassenderer und strukturierterer Ansatz für die Einbeziehung der Interessengruppen.

Plenum des EU-Parlaments billigt interne Reform

Am Mittwoch, den 10. April, gab das Plenum des Europäischen Parlaments endgültig grünes Licht für seine interne Reform, die nach den EU-Wahlen in Kraft treten wird. Der von der EP-Präsidentin Roberta Metsola initiierte und von der Konferenz der Präsidenten des Parlaments im Januar und Dezember 2023 gebilligte Revisionsprozess umfasste eine Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern aller Fraktionen zusammensetzt. Neben mehreren anderen Änderungen einigten sich die Abgeordneten auf ein neues Befassungsverfahren, das es ermöglichen soll, Kommissionsvorschläge einfacher zuzuordnen und damit die Gesetzgebungsarbeit früher zu beginnen. Die Konferenz der Präsidenten wird nun auch die Möglichkeit haben, dem Plenum die Einsetzung eines nichtständigen Gesetzgebungsausschusses vorzuschlagen, der sich mit besonders weitreichenden, bereichsübergreifenden Legislativvorschlägen befasst, die andernfalls eine ungewöhnlich große Anzahl von Ausschüssen erfordern würden. Die Abgeordneten haben auch einen neuen Mechanismus für die Rechenschaftspflicht bei Entwürfen von Ratsbeschlüssen eingeführt, die sich mit schwerwiegenden Problemen in Mitgliedstaaten befassen, sowie ein neues Konzept für besondere Anhörungen, bei denen Kommissionsmitglieder zu einem Thema von großer politischer Bedeutung befragt werden.

Auch die Anhörungen zur Bestätigung der designierten Kommissare wurden geändert, um das Verfahren zu vereinfachen.

Ergebnisse des ECOFIN-Rates am 12. April

Bei ihrem Treffen am Freitag, den 12. April, haben die EU-Finanzminister einen Meinungs austausch geführt und Schlussfolgerungen zur Umsetzung der Fazilität für Konjunkturbeleb ung und Krisenbewältigung (RRF) angenommen. Die Schlussfolgerungen enthalten eine Bestandsaufnahme der bei der Umsetzung der RRF erzielten Fortschritte und dienen der Kommission und den Mitgliedstaaten als politische Orientierung im Zusammenhang mit der Halbzeitbewertung der RRF, die die Kommission dem Rat am 21. Februar 2024 vorgelegt hat. Der Rat nahm ferner den Stand der wirtschaftlichen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine zur Kenntnis und erhielt von der Kommission einen aktuellen Bericht über die Haushaltslage in der Ukraine. Darüber hinaus billigte der Rat das Mandat der EU für das G20-Treffen der Finanzminister am 17. und 18. April 2024. Unter dem Punkt "Sonstiges" erläuterte die Europäische Generalstaatsanwältin die Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO), insbesondere im Hinblick auf die Aufdeckung und strafrechtliche Verfolgung groß angelegter krimineller Netzwerke, die nationalen und grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug begangen haben. Sie dankte den Steuer- und Zollbehörden der Mitgliedstaaten für ihre wertvolle Hilfe bei der Meldung von Betrugsverdachtsfällen. Dies habe zur Aufdeckung und Zerschlagung von grenzüberschreitenden kriminellen Netzwerken geführt, die den EU-Haushalt und die nationalen Haushalte in Höhe von 11 Milliarden Euro geschädigt hätten.

Belgische Ratspräsidentschaft richtet Berichten zufolge Task Force zur Besteuerung von grenzüberschreitenden Telearbeitern ein

Die belgische EU-Ratspräsidentschaft hat Berichten zufolge eine Task Force eingerichtet, die gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, einigen ausgewählten Drittländern, der Europäischen Kommission und der OECD mögliche Lösungen für die Besteuerung von grenzüberschreitenden Telearbeitern prüfen soll. Die Task Force hat bereits zwei Sitzungen im Februar und März abgehalten, während die dritte und letzte Sitzung am 23. April stattfinden soll. Die mögliche Einrichtung von Betriebsstätten, die Besteuerung von Löhnen und die Beweislast bezüglich des Ortes, an dem die Arbeit stattfindet, waren Berichten zufolge die Hauptthemen, die von der Arbeitsgruppe diskutiert wurden. Mehrere Länder sind der Ansicht, dass das richtige Forum für die Behandlung der grenzüberschreitenden Telearbeit die OECD ist, die sich voraussichtlich im September mit diesem Thema befassen wird. Die Europäische Kommission könnte an einer vorläufigen Lösung arbeiten, bis die OECD ihre Lösung bekannt gibt. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Sitzungen könnte der belgische Ratsvorsitz einige Lösungen für die steuerlichen Fragen im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Telearbeit vorlegen, die von den Mitgliedstaaten fakultativ umgesetzt werden könnten.

Plenum des EU-Parlaments nimmt Bericht zum Richtlinien vorschlag der EU-Kommission zum Head Office Tax System for SMEs (HOT) an

Am Mittwoch, den 10. April, nahm das Europäische Parlament seine Stellungnahme zu dem Vorschlag zur Einführung eines Systems zur Besteuerung von Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen (HOT) an. Der Vorschlag zielt darauf ab, KMU, die über Betriebsstätten grenzüberschreitend tätig sind, die Möglichkeit zu geben, mit nur einer Steuerverwaltung - der des Hauptsitzes - zu interagieren, anstatt mehrere Steuersysteme einhalten zu müssen. In seiner Stellungnahme unterstützt das Europäische Parlament die Einrichtung einer einzigen Anlaufstelle und zentralisierte Verfahren für die Abgabe von Steuererklärungen, die

Ausstellung von Steuerbescheiden und die Steuererhebung. Die Abgeordneten sind außerdem der Ansicht, dass der Mitgliedstaat, in dem das KMU seinen Hauptsitz hat, ihm bei der Erstellung der Steuererklärung behilflich sein sollte, insbesondere bei der Zurechnung des steuerpflichtigen Ergebnisses zu jeder Betriebsstätte und Tochtergesellschaft in anderen Mitgliedstaaten. Die Abgeordneten fordern insbesondere, dass die Umsetzung dieses Vorschlags ab dem 1. Januar 2025 und nicht erst ab 2026 erfolgen soll.

Plenum des EU-Parlaments nimmt Bericht zur Verrechnungspreisrichtlinie an

Am Mittwoch, den 10. April, haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Plenum ihre Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Richtlinie zur Umsetzung der OECD-Verrechnungspreisleitlinien in die EU-Rechtsordnung angenommen. In der Stellungnahme wird vor allem empfohlen, die Frist für das Inkrafttreten der Richtlinie, um ein Jahr zu verkürzen (2025 statt 2026), das Gemeinsame EU-Verrechnungspreisforum wieder einzurichten und sich so eng wie möglich an die neuesten OECD-Verrechnungspreisleitlinien anzulehnen, wobei anerkannt wird, dass in der Folge Raum für UN-Leitlinien geschaffen werden könnte. Schließlich wollen die Abgeordneten, dass die Kommission ermächtigt wird, anstelle des Rates weitere Durchführungsbestimmungen zu diesem Thema vorzuschlagen. Die von der Abgeordneten Kira Peter-Hansen (Grüne/EFA, Dänemark) geleitete Stellungnahme wurde mit 438 gegen 99 Stimmen bei 63 Enthaltungen angenommen. Sie wird nun an den Rat zur Prüfung weitergeleitet.

Abstimmung des EU-Parlaments: Abgeordnete fordern die EU-Kommission auf, die Ernennung von Markus Pieper (CDU) zum EU-KMU-Beauftragten zu überdenken

Mehr als 380 Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben am Donnerstag, den 11. April, dafür gestimmt, die Europäische Kommission aufzufordern, die Ernennung des Europaabgeordneten Markus Pieper (EVP/Deutschland) zum EU-KMU-Beauftragten zu überdenken. Die Abstimmung fand anlässlich der Prüfung eines Änderungsantrags der Fraktion der Grünen/EFA zum Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments über die Entlastung der Europäischen Kommission im Zusammenhang mit der Ausführung des EU-Haushaltsplans 2022 statt. Die EU-Kommissare Nicolas Schmit, Paolo Gentiloni und Thierry Breton sowie der Hohe Vertreter der EU, Josep Borrell, haben Berichten zufolge einen Brief an den Präsidenten der Europäischen Kommission geschickt, in dem sie eine Debatte im Kollegium über die im Europäischen Parlament aufgeworfenen Fragen zur Ernennung von Herrn Pieper fordern. Das Schreiben wurde verschickt, nachdem behauptet wurde, dass die beiden anderen Kandidaten, die in die engere Wahl gekommen sind, im Auswahlverfahren besser abgeschnitten haben als Herr Pieper und dass eine von ihnen, die Europaabgeordnete Martina Dlabajová (Renew Europe, Tschechische Republik), bei der Kommission einen nicht anfechtbaren Einspruch eingelegt hat. Die Europäische Kommission hat wiederholt darauf hingewiesen, dass sie bei internen Ernennungsverfahren über einen Ermessensspielraum verfügt. Herr Pieper hat seinen Vertrag am 31. März unterschrieben und soll sein Amt am Dienstag, den 16. April antreten, trotz des Einspruchsverfahrens und der Forderung des Europäischen Parlaments.

Deutsch-französisch-italienisches Treffen zur Erörterung der Perspektiven zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit

Bruno Le Maire, Frankreichs Minister für Wirtschaft, Finanzen und industrielle und digitale Souveränität, Robert Habeck, deutscher Minister für Wirtschaft und Klimaschutz, und Adolfo Urso, italienischer Minister für Unternehmen und Made in Italy, trafen sich am Montag, den 8. April, um Perspektiven zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zu erörtern. Während des Treffens waren sich die drei Minister einig, dass die EU-Industriepolitik eine gezielte Unterstützung strategischer Industrien mit der Förderung eines hohen Wettbewerbsniveaus im Binnenmarkt und der Verringerung des bürokratischen Aufwands verbinden sollte, heißt es in einer Presseerklärung. Insbesondere verpflichteten sie sich, ein stabiles und wirksames Regelungsumfeld zu gewährleisten und die EU-Verwaltungsverfahren weiter zu reformieren, zu vereinfachen und zu beschleunigen. Darüber hinaus fordern sie die Kommission auf, ein ehrgeiziges Vereinfachungsprogramm zur Beseitigung von Überschneidungen in der Regulierung und zur Verringerung der Berichtspflichten, vor allem für KMU und weit über das Kommissionsziel von 25 % hinaus, auf der Grundlage einer gründlichen Bewertung der Ergebnisse ihrer "Aufforderung zur Einreichung von Belegen" zur Rationalisierung der Berichtspflichten durchzuführen. Die drei Minister wollen auch eine Stärkung des "KMU-Tests" in den Folgenabschätzungen, indem sie die Inflationsentwicklung bei den finanziellen Schwellenwerten der KMU-Definition berücksichtigen und eine neue Unternehmenskategorie von kleinen mittelgroßen Unternehmen (250 - 500 Beschäftigte) hinzufügen, um die bereits für KMU vorgesehenen Verwaltungsausnahmen zu erweitern.

ETAF-Konferenz am 17. April 2024



17 April 2024

ETAF Conference

Towards a simpler, rationalised and future-proof EU tax system

13:00 - 16:00 CET

@ Sofitel Brussels Europe,
Place Jourdan 1, 1040 Brussels

With the EU elections coming up, it is the perfect time to engage in a collective reflection on the future of the EU tax system. This conference will bring together tax experts and EU officials to explore what the tax policies under the next European Commission should look like, as well as the future perspectives for tax advisers in the European Union. On this occasion, ETAF will also present its manifesto for the EU elections outlining several core demands to the next European Parliament and European Commission to ensure that the EU tax system is simpler, rationalised and future-proof.

Programme:

13:00 - Welcome coffee

13:30 - Introductory speech and presentation of ETAF manifesto by ETAF President, **Philippe Arraou**

13:45 - Panel discussion 1: Which tax policies under the next European Commission?

- **Benjamin Angel**, Director Direct taxation, Tax coordination, Economic analysis and Evaluation at the DG TAXUD of the European Commission
- **Panayiotis Nicolaides**, Director of Research of the EU Tax Observatory
- **Bart Van Coile**, President of the Belgian Institute for Tax Advisors and Accountants (ITAA)

Moderator: **Elodie Lamer**, Tax journalist at Tax Notes

14:55 - Panel discussion 2: Future perspectives for the tax advisers in the EU

- **Pascal Saint-Amans**, Former Director of the OECD CTPA, Non-resident fellow at Bruegel, Partner at Brunswick
- **Sean Bray**, Director of European Policy of Tax Foundation Europe
- **Florin Toma**, Expert accountant and Member of the Body of Expert and Licensed Accountants of Romania (CECCAR)

Moderator: **Jacomien van den Hurk**, Director EU Public and Regulatory Affairs at PwC

15:55 - Concluding remarks by Philippe Arraou

16:00 - Small reception

MORE SPEAKERS TO BE ANNOUNCED SOON!

Simultaneous interpretation EN-DE-RO
The conference will also be livestreamed

European Tax Adviser Federation AISBL – ETAF
Rue Montoyer 25, 1000 Brussels | Belgium
Phone: +32 2 2350-105 | email: info@etaf.tax | www.etaf.tax

Link zur Anmeldung:

<https://sweapevent.com/etafconference17april2024>

Haftungsausschluss

Der Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)